



40 Jahre SGK Hessen – 40 Jahre Einsatz für die Kommunen

Ein Beitrag von Kirsten Fründt, SGK-Landesvorsitzende und Michael Siebel, SGK-Landesgeschäftsführer

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik



In der Mitte: Hanno Drechsler, Marburger Oberbürgermeister und Vorsitzender der SGK Hessen bis 1993

Foto: SGK Hessen

Der intellektuelle Wortführer des Revisionisten, Eduard Bernstein, der im Sozialismus die Kraft für fortschreitende Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft und vor allem die reale Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung sah, erkannte in der Kommune den geeigneten Ansatzpunkt zu „sozialistischer Reformarbeit“ und sogar einen wichtigen „Hebel der sozialen Emanzipation“.

In seinem Geleitwort zum Buch „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik“ der Bundes-SGK sagte der ehemalige SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering treffend: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik – ein selbstverständliches Begriffspaar. Der Blick in die (...) Geschichte der Sozialdemokratie zeigt, dass Kom-

munalpolitik für Sozialdemokraten keine Mode ist. Sie ist die Wurzel. (...) Und erst die Volksbewegung SPD hat dafür gesorgt, dass in den Kommunen auch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelebt werden konnten.“

Schöner und treffender kann man nicht sagen, was Kommunalpolitik für uns ausmacht. Und schöner und treffender kann man kaum ausdrücken, warum es wichtig ist, das berühmte „Drehen der Kanaldeckel“ sozialdemokratisch zu denken.

Es lohnt sich gleichwohl, die Worte von Franz Müntefering in den geschichtlichen Kontext der Entstehung des Landes Hessen und der SGK Hessen zu stellen. Die Grundlage der Arbeit unserer Kommunen

ist im Art. 137 der Hessischen Verfassung, basierend auf dem Art. 28 des Grundgesetzes, normiert. Dort heißt es:

(1) Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung. Sie können jede öffentliche Aufgabe übernehmen, soweit sie nicht durch ausdrückliche gesetzliche Vorschrift anderen Stellen im dringenden öffentlichen Interesse ausschließlich zugewiesen sind.

(2) Die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit die gleiche Stellung.

(3) Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten wird den Ge-

Inhalt

Unsere Mitarbeiter*innen und Ansprechpartner*innen bei der SGK Hessen e.V.

SGK Hessen e.V. – Kommunalpolitik ist wichtig!

Überzeugung und Auftrag

Marie Bittorf-Preis zur Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik

Marie Bittorf Preis 2018

Landarztmangel

Positionsbestimmung der SGK Hessen zur Zukunft der Holzvermarktung in Hessen

Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik

Goldmann-Preis der Stadt Reinheim an Berliner Rapper verliehen

meinden und Gemeindeverbänden vom Staat gewährleistet. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich darauf, dass ihre Verwaltung im Einklang mit den Gesetzen geführt wird.

Weiterhin macht die Hessische Verfassung Festlegungen im Hinblick auf die Erfüllung übertragener Aufgaben. Gerade diese Möglichkeit hat immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den hessischen Kommunen und der Landesregierung geführt. Deshalb wurde die Konnexität eingeführt. Damit sollte geregelt werden, dass Aufgaben nur dann übertragen werden können, wenn das Land dafür auch die finanzielle Verantwortung übernimmt.

Deshalb heißt es weiter im Artikel 137:



Der aktuelle Vorstand der SGK Hessen

Foto: SGK Hessen

(5) Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

(6) Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Landesgesetz oder Landesrechtsverordnung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben verpflichtet, so sind Regelungen über die Kostenfolgen zu treffen. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände in ihrer Gesamtheit, ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen. Das Nähere regelt ein Gesetz.

Es ist bemerkenswert, dass es von der Verabschiedung der Hessischen Verfassung bis zur Gründung der SGK 32 Jahre gedauert hat.

Am 10. September 1978 wurde im Staatstheater in Kassel der Bundesverband der SGK gegründet. Den Festschriften ist zu entnehmen, dass Willy Brandt zu den Gründungsdelegierten sprach und vier Punkte hervorhob:

- Mit der Zukunft unserer Gemeinden entscheidet sich auch die Zukunft unseres Landes.
- Die SPD hat sich auf dem klassischen Feld sozialdemokratischen Wirkens zu beweisen.

- Wir sollen uns den Problemen nicht mit Weinerlichkeit, sondern mit gesundem Selbstvertrauen nähern.
- Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist in ihrer täglichen Arbeit das eigentliche Rückgrat der Partei – auch wenn ihr Wirken nicht immer im Rampenlicht steht.

Fünf Monate später, am 10. Februar 1979, wurde die SGK Hessen gegründet.

Was war der Grund dafür, dass erst über 30 Jahre nach der Konstituierung des Landes Hessen, die sozialdemokratischen „Kommunalen“ das Heft in die Hand genommen haben und sich eine Interessenvertretung gegeben haben?

Einer der Gründe dafür war die grundsätzlich zentralistische Struktur der SPD. In der Hierarchie parlamentarischer Ebenen rangierten die Kommunalpolitiker*innen ganz weit unten. Ihre Rückkopplungsmechanismen zur Bundes- und Landespolitik waren durch personelle Verknüpfungen gegeben. So war es in den Anfangszeiten Hessens möglich, dass Landtagsabgeordnete gleichzeitig Bürgermeister*innen oder Landrät*innen sein konnten.

Bemerkenswert ist das Fehlen einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik auch deshalb, weil in den Anfangs- und Nachkriegsjahren des Landes Hessen durchaus eine auf die Kommunen bezogene Politik gemacht wurde. Der große Hessenplan von Georg-August Zinn ist dafür ein leuchtendes Beispiel. Er hat nicht

nur den Hessinnen und Hessen eine eigene Identität gegeben, sondern mit sehr konkreten Förderprogrammen (Dorferneuerungsprogramm) gerade die Dörfer und Kommunen unterstützt.

Auch in der Folge gab es inhaltlich und personell eine starke Orientierung der SPD auf die Kommunen. Einer der Gründungsväter der SGK Hessen, der ehemalige Hessische Ministerpräsident Hans Eichel, war zuvor Kasseler Oberbürgermeister. Auch die ehemaligen Vorsitzenden der SGK Hessen zeugen davon, dass die Kommunalpolitik prominent vertreten war. Nach dem legendären Marburger Oberbürgermeister Hanno Drechsler waren der ehemalige Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg Hans Joachim Klein (1993–1998), der Darmstädter Oberbürgermeister Peter Benz (1999–2005) und der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises Burkhard Albers (2005–2017) Vorsitzende der SGK Hessen. Die Geschäftsführer der SGK (Dieter Faulenbach, Gerd Mehler, Monika Kuban, Thomas Prizibilla



Kirsten Fründt

Foto: SGK Hessen

und Achim Möller) waren ebenfalls kommunal engagierte Genossinnen und Genossen.

Aber diese Namensliste zeigt auch, dass die Kommunalpolitik in ihrer Anfangszeit in Hessen eine Männerdomäne war. Das hat sich erst in den letzten fünf Jahren geändert. Heute steht der SGK die Landrätin Kirsten Fründt vor. Die SGK organisiert das Frauennetzwerk in Hessen und fördert Frauen in der Kommunalpolitik in besonderem Maß.

Und die SGK will die Kommunalpolitik für junge Menschen öffnen. Hatten die Jungsozialist*innen in den Anfangszeiten eher den Ruf einer Organisation, die sich mit abstrakten Theoriediskussionen befasst, waren es dennoch die JUSOs, die Anfang der 70er Jahre mit dem Buch „Kommunalpolitik – Für wen?“ viel Beachtung über die SPD hinaus erfuhren. Es war das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, der durch Kongresse und Tagungen begleitet wurde. Das trug mit dazu bei, dass sich die Sozialdemokratie ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm gab.

Heute wird die Kommunalpolitik in Hessen nicht mehr als die dritte Ebene gesehen, sondern ist eine eigenständige Kategorie im politischen Gefüge der SPD geworden. Es hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass jedes Politikfeld eine eigene, sozialdemokratische und kommunalpolitische Ausprägung hat.

Dieser Einsicht war die SGK Hessen in den letzten Jahren verpflichtet. Aber es ist eine permanente Herausforderung, uns den Zukunftsaufgaben zu stellen. Wir können bilanzieren, dass die Kommunalpolitik eine neue Wertschätzung in der hessischen SPD genießt.

Doch was uns am meisten Mut macht und Unterstützung gibt, sind unsere Mitglieder. Die SGK Hessen zählt über 3.000 Mitglieder. Und unsere Mitglieder sind aktiv. Sie engagieren sich als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Tag für Tag in den Gemeindevertretungen, in Ortsbeiräten, als Bürgermeister*innen oder Verbandsvertreter*innen. Dafür möchten wir all jenen an dieser Stelle Dank sagen.

Unsere Mitarbeiter*innen und eure Ansprechpartner*innen bei der SGK Hessen e.V.



Von links: Michael Siebel, Hendrik Schmehl, Marion Schiebener

Foto: SGK Hessen e.V.

Marion Schiebener, Büroleiterin in Wiesbaden Erfolgreich netzwerken

Seit über acht Jahren arbeite ich als Büroleiterin der SGK Hessen. Hauptamtliche und ehrenamtliche Sozialdemokraten*innen mit wichtigen aktuellen Informationen rund um die Kommunalpolitik zu versorgen, ist für mich eine wichtige und sehr sinnvolle Arbeit und ganz im Sinne eines demokratischen Staates. Darüber hinaus liegt mein Fokus auf der Bildung und Betreuung von kommunalpolitischen Netzwerken. Das SGK-Netzwerk Frauen ist in den letzten vier Jahren stark gewachsen und die enge Zusammenarbeit mit der SPD Hessen und dem dort angesiedelten Mentorinnen-Programm hat gezeigt, dass ein spezielles Netzwerk für Frauen sehr wichtig ist und Wirkung zeigt. Sehr gerne arbeite ich mit dem Arbeitskreis Fraktionsgeschäftsführer*innen und Fraktionsvorsitzende zusammen. Dieser Arbeitskreis liefert immer öfter Input für thematische Veranstaltungen und SGK-Positionspapiere. Daraus entstehen Anträge oder „Kleine Anfragen“ der SPD Landtagsfraktion. Das nenne ich „erfolgreiches netzwerken“! Neben den Informationsabenden und Seminaren liegen

mir öffentliche Veranstaltungen mit kommunalen Themen besonders am Herzen. Sie ins Leben zu rufen bedeutet für mich, daran beteiligt zu sein, dass Kommunalpolitiker*innen und Bürger*innen miteinander reden, das finde ich toll. Besonders schön ist die enge Zusammenarbeit mit der AfK, unserem Bildungsträger. SGK und AfK sind ein sehr konstruktives und kreatives Team, das neben dem Spaß an der Arbeit und der Sozialdemokratie viel Humor besitzt – einfach unbezahlbar!

Michael Siebel, Geschäftsführer Immer neue Herausforderungen

Ich bin seit zehn Jahren Geschäftsführer der SGK und der Akademie für Kommunalpolitik. Mit meiner Arbeit will ich einen Beitrag zur Profilierung der Kommunalpolitik in Hessen leisten. Das ist uns zweifelsohne in den letzten Jahren gelungen. Wir repräsentieren ca. 3.000 Mitglieder, die in der Kommunalpolitik aktiv sind, die sich jeden Tag für die Sozialdemokratie einsetzen. Mit Engagement und Herzblut. Besonders spannend finde ich die immer neuen Themen und Herausforderungen, die mir begegnen. Ob das die Straßenbeiträge oder die Rundholzvermarktung ist.

Kommunale Energiepolitik oder der Wohnungsbau. Ich erlebe nirgendwo Veränderungen so direkt, wie in der Kommunalpolitik.

Als Coach, Trainer und Berater kann ich im Rahmen meiner Tätigkeit bei der AfK dies auch in Bildungsangeboten umsetzen. Wir haben das Bildungsurlaubsangebot deutlich ausgebaut und entwickeln immer wieder neue Formate und Inhalte. Und das mit einem Team zu machen, auf das ich mich verlassen kann und mit dem es Spaß macht zu arbeiten ist ein Geschenk, für das ich sehr dankbar bin.

Hendrik Schmehl, Büroleiter Geschäftsstelle AfK Nachwuchs qualifizieren

Seit November 2008 arbeite ich für die AfK Hessen. Ich freue mich, einen Beitrag zur Erwachsenenbildung und Qualifizierung von kommunalen Nachwuchskräften leisten zu können. Dabei bringe ich auch Erfahrungen und Fragestellungen aus meinem eigenen kommunalen Mandat ein.

Telefon: 0611/ 360 117 6
Fax: 0611/ 360 119 5
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
hendrik.schmehl@
afk-akademie.de

Die Geschäftsstelle ist i.d.R. in den folgenden Zeiten zu erreichen:

Montags: 9:30-16:30 Uhr
Dienstags: 9:30-16:30 Uhr
Donnerstags: 9:00-12:00 Uhr

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

In eigener Sache

SGK Hessen e.V. – Kommunalpolitik ist wichtig!

In den Kommunen sind Bürgerinnen und Bürger von politischen Entscheidungen direkt betroffen. Bürgergesellschaften werden hier verwirklicht und umgesetzt. Dazu möchte die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. ihren Beitrag leisten.

Kommunalpolitik ist wirksam!

Natürlich steht die „große“ Politik in Brüssel und Berlin im Fokus der Öffentlichkeit. Aber die Auswirkungen der Europa-, Bundes- und Landespolitik spüren die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V. besteht darin, die Wirkungen mit dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung in Einklang zu bringen.

Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft

Ordentliche Mitglieder der SGK Hessen können alle an der Kommunalpolitik interessierten natürlichen Personen werden, die sich sozialdemokratischen Grundsätzen verbunden fühlen.

Es können sowohl Einzelpersonen als auch Fraktionen Mitglied der SGK Hessen werden.

Eine Fraktionsmitgliedschaft beinhaltet, dass jedes Fraktionsmitglied auch SGK-Mitglied ist. Näheres kann der Satzung, § 3 – Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft, entnommen werden. (www.sgk-hessen.de)

Die SGK Hessen bietet Veranstaltungsreihen zu den Themen:

„Bezahlbarer Wohnraum“
„Vorsorgende Kommune“,
„Straßenbeitragssatzung“,
„Kommunalpolitik – wie geht das? – verstehen, diskutieren, gestalten“
und
„Werte führen zu Entscheidungen“ an.
Weitere Themen sind in Absprache möglich.

Außerdem können bei Rechtsproblemen Fragen an die Rechtsberatung gestellt werden. Coaching für Kommunalpolitiker*innen gehört zum regelmäßigen Angebot der SGK Hessen.

**Die Geschäftsstelle ist jeweils am
Montag, Mittwoch, Donnerstag von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
Dienstag und Freitag von 10.00 bis 12.00 Uhr erreichbar.**

**Marktstraße 10 | 65183 Wiesbaden | Tel.: 0611-360 117-4 |
Fax: 0611-360 119-5 | E-Mail: info@sgk-hessen.de**

Über die AfK Hessen e.V.

Überzeugung und Auftrag



Im Bildungsurlaub persönliche kommunalpolitische Strategien entwickeln Foto: Michael Siebel

Die Akademie für Kommunalpolitik ist eine parteiunabhängige Bildungsakademie. Wir arbeiten mit unseren Bildungsangeboten für demokratische und soziale Kommunen.

Wir wollen die demokratische und soziale Kommune. Sie ist unser kommunalpolitisches Leitbild. Die demokratische und soziale Kommune will, dass Menschen sich entfalten können, nicht benachteiligt werden und solidarisch zusammenleben.

Demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung sowie das Angebot der Integration müssen in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sein. Die Politik muss nahe bei den Menschen sein, um ihre Probleme schärfer erfassen zu können und um ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse, ihre eigenen Lösungsvorschläge und ihre eigene Lösungskompetenz einbeziehen zu können. Stadtteil- und Gemeinwesenbezogenheit, Lebensweltorientierung, Vernetzung der Akteure und Beteiligung der Betroffenen sind solche Lösungswege.

Die AfK schreibt regelmäßig Preise aus, um die kommunalpolitische Arbeit in Hessen zu würdigen.

Hessen-Löwe 2020

Gute Ideen gehören belohnt! Besondere Aktionen haben Vorbildcharakter! Deshalb vergibt die AfK Hessen regelmäßig den Kommunallöwen für besondere Verdienste, Konzeptideen und Aktionen im Feld der Kommunalpolitik in Hessen.

Bewerben können sich Kommunalfraktionen, Kommunalverbände und kommunalpolitisch tätige Initiativen, die sich in den Kommunen Hessens engagieren.

Marie-Bittorf-Preis

2015 gab es einen Sonder-Hessen-Löwen. (Mehr dazu auf der folgenden Seite.)



In diesem Jahr erhielt Adi Schubert für sein Lebenswerk den Goldenen Hessenlöwen.

Foto: AfK Hessen

Marie-Bittorf-Preis zur Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik

Die Namensgeberin

Marie Bittorf wurde am 8. Juli 1886 geboren. Sie trat 1910 in die SPD ein und gehörte 1919 zu den ersten weiblichen Stadtverordneten. Darüber hinaus war sie die erste Frau im Kommunallandtag Hessen-Nassau. Die Nazis zwangen sie dazu, ihren Beruf als städtische Krankenfürsorgerin aufzugeben. Von 1946 bis 1956 übte sie ihr Mandat als Stadtverordnete in Frankfurt/M aus. Sie war Mitbegründerin des Frankfurter Frauenausschusses und Mitglied im erweiterten Vorstand des Frankfurter Frauenverbandes. Bereits als Zwanzigjährige gründete sie eine

Gewerkschaft für Dienstmädchen. Sie ergriff damit Partei für die Frauen und Mädchen, die absolut rechtlos in unterdrückten Dienstverhältnissen arbeiten mussten.

Marie Bittorf war als sozial engagierte Politikerin der ersten Stunde auch Stadtälteste und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.

Die bisherigen Preisträgerinnen waren:

Kirsten Krämer
Elke Kühnholz
Helga Meininger

Marie-Bittorf-Preis geht 2018 an Rita Rose

Es war schon eine besondere, feierliche Stimmung im Bürgerhaus Lampertheim-Hofheim. Der Unterbezirk Bergstraße und die SGK Hessen hatten zur Verleihung des Marie-Bittorf-Preises an Rita Rose eingeladen. In seiner Begrüßung hob der Unterbezirksvorsitzende Marius Schmidt die besonderen Verdienste von Rita Rose hervor.

Sie war 35 Jahre Ortsvorsteherin in dem Lampertheimer Ortsteil Hofheim. „Sie hatte und hat immer ein offenes Ohr, hat jedes Anliegen aufgenommen und bearbeitet und war im wahrsten Sinn des Wortes eine gute Kommunalpolitikerin“, so Schmidt. Als sie Ortsvorsteherin wurde, war sie die erste Frau in diesem Amt in Hessen. Auch deshalb geht der Marie-Bittorf Preis für besondere Verdienste für Frauen in der Kommunalpolitik an Rose.

In der Urkunde heißt es: „Der Preis soll einen Beitrag zur Würdigung herausragender Leistungen von Frauen in der Kommunalpolitik leisten.“

Die Laudatio hielt der Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt, der Rose auch für den Preis vorgeschlagen

hatte. In seiner humorvoll vorgetragenen Würdigung bezeichnete er Rita Rose als „blaue Mauritius“ unter den Kommunalpolitikerinnen. „So wertvoll wie eine blaue Mauritius warst und bist du für uns!“

Michael Siebel übergab die Urkunde in Stellvertretung für die SGK-Landesvorsitzende Kirsten Fründt. Er erinnerte an die Namensgeberin des Preises, die als erste Frau in den Kommunallandtag Hessen-Nassau einzog. Von den Nazis aus ihrem Beruf entlassen und von der Gestapo verhört, nahm sie nach dem Krieg ihre kommunalpolitische Tätigkeit auf und war zwischen 1946 und 1956 Stadtverordnete in Frankfurt. Dort gründete sie auch eine Gewerkschaft für Dienstmädchen, die damals überhaupt keine Rechte hatten.

In ihrer Dankesrede zeigte sich Rita Rose sichtlich gerührt. „Es war viel Schönes und ich habe viel erreicht. Es gab auch Rückschritte, aber so ist die Kommunalpolitik eben auch“. Mit ihren 75 Jahren wird sie bis zum heutigen Tag an Infoständen als Frau Ortsvorsteherin angesprochen. Sie hat wirklich große Fußspuren hinterlassen.



Die Namensgeberin des Preises, Marie Bittorf

Foto: AfK Hessen e.V.



Verleihung des Marie-Bittorf-Preises an Rita Rose aus Lampertheim-Hofheim. Von rechts nach links: Marius Schmidt, Vorsitzender des Unterbezirks Bergstraße, Rita Rose, Preisträgerin, Michael Siebel, Geschäftsführer der SGK Hessen und der AfK.

Foto: AfK Hessen e.V.



Maßnahmenpaket gegen den Landarztmangel endlich voranbringen

Quelle: www.danielasommer.de

Es ist fünf nach zwölf, die hessische Landesregierung muss endlich handeln! Wir brauchen ein stringentes Maßnahmenpaket gegen den Landarztmangel statt schwarz-grüner Untätigkeit. Die Hälfte der Hausärzte in Hessen wird in den nächsten zehn Jahre in Ruhestand gehen. Trotz in-

Landarztmangel

Schluss mit schwarz-grüner Untätigkeit

Autorin Dr. Daniela Sommer, MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

tensiver Suche nach einer Nachfolge ist diese jedoch in vielen Praxen nicht in Sicht. Die Gründe für die fehlende Nachbesetzung liegen vor allem in schlechten Rahmenbedingungen, mangelnder Attraktivität in Sachen Standort sowie unattraktiven Praxen. Oftmals werden auch der Work-Life-Balance-Anspruch, geringe Teilzeitangebote und fehlende Betreuungsmöglichkeiten sowie eine nicht angepasste Honorarsystematik von angehenden Ärztinnen und Ärzten angeführt.

Die schwarzgrüne Landesregierung reagiert bisher nur mit Ankündigungen. Derzeit ist keine Struktur, keine Strategie und kein Plan für die Beseitigung des Landarztmangels erkennbar: CDU und Grüne springen – wohl gemerkt auf vorbildliche – Projekte

von Kreisen, Städten und Gemeinden auf, wie die Gemeindegewerkschaft, die aber den Landarzt nicht ersetzen kann, Gesundheitszentren oder Weiterbildungsverbände, haben aber keine eigenen innovativen Ansätze. Der Sozialminister will die Landarztquote nicht, schafft aber auch nicht die Möglichkeit – wie in manchen Kreisen schon erfolgreich durchgeführt – ein flächendeckendes Landarztstipendium.

Wir fordern mehr Studienplätze. Darüber hinaus gibt es viele Beispiele in anderen Bundesländern, die mit neuen Fakultäten oder Zweigfakultäten reagieren und so nachhaltig für den Nachwuchs auf dem Land sorgen.

Mehr Praxis und mehr Gewicht der Allgemeinmedizin im Studium sowie

bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen, eine Entlastung der Bürokratie beziehungsweise Unterstützungsangebote bei der Praxis- und Betriebsführung für Berufsanfängerinnen und -anfänger sind notwendig.

Auch müssen Teilzeitmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Anstellung verbessert werden. Darüber hinaus muss die Vergütung umgestellt werden, damit die Tätigkeit als Hausarzt lukrativer wird. Dazu gehört auch die bessere Honorierung von Hausbesuchen oder für das Arbeiten in der Fläche im ländlichen Raum. Wir benötigen dringend eine Bedarfsplanung und kleinere Versorgungsbereiche, um die Versorgung zur Zuweisung von Arztsitzen besser und bedarfsgerechter abbilden zu können.

Positionsbestimmung der SGK Hessen zur Zukunft der Holzvermarktung in Hessen

Wenn es um den Wald in Hessen geht, spielen drei Faktoren eine zentrale Bedeutung:

- Aspekte des Klimaschutzes und der Ökologie
- Aspekte der wirtschaftlichen Vermarktung von Holz
- Aspekte der Erholungsfunktion und damit der Verkehrssicherheit

Seit 2008 beschäftigt sich das Bundeskartellamt mit der Holzvermarktung und hat in anderen Bundesländern die einheitliche Vermarktung durch eine landeseigene Holzvermarktung (Hessenforst) in Frage gestellt. Daraufhin hat das Hessische Umweltministerium (HMUKLV) am 24.8.2018 alle privaten und kommunalen Waldbesitzer darüber informiert, dass der Landesbetrieb Hessen-Forst nur noch für Wälder



Informationsabend in Weilmünster mit kommunalen Vertreter*innen. Durch unser gut funktionierendes kommunalpolitisches Netzwerk sind wir Mitte diesen Sommers darauf aufmerksam geworden, dass sich die Holzvermarktung in Hessen ändern wird und die Kommunen bereits Anfang 2019 die Vermarktung von Rundholz selbst in die Hand nehmen müssen. Gemeinsam mit kommunalen Vertreter*innen aus diversen Kommunen haben wir die SPD-Landtagsfraktion gebeten, sich für eine Fristverlängerung einzusetzen. Die SPD hat umgehend einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Die Anhörung im Ausschuss hat bereits stattgefunden. Darüber hinaus haben wir mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund gesprochen und ein Positionspapier verfasst.

mit weniger als 100 ha die Holzvermarktung übernimmt.

Kommunen können im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeiten Arbeitsgemeinschaften bilden, die die Holzvermarktung vornehmen können. Derzeit erarbeitet das Ministerium eine Richtlinie mit Festlegungen über die Unterstützung der Vermarktung (Mindestvermarktungsgrenze, maximale Förderhöhe des EU-Beihilferahmens, Abruf der Mittel, Fristen etc.).

Die 100-ha-Grenze ist problematisch, weil allein die Holzbodenfläche keine Aussage über die Marktfähigkeit des Waldes macht.

Weiterhin kritisieren die Kommunen, dass das Verfahren sehr schnell umgesetzt werden muss und so keine vernünftigen Lösungen gefunden werden können.

Deshalb fordert die SGK Hessen:

1. Die Frist für die Einführung der neuen Holzvermarktung ist bis zum 31.12.2019 zu verlängern, um für eine ordentliche Umorganisation ausreichend Zeit zu haben.

2. Bei der Erstellung der Förderrichtlinien sind die Kommunen zu beteiligen. Diese dürfen nicht von oben durchgesetzt werden. Hauptsächlich muss sichergestellt sein, dass die

Kommunen, die bereits mit der Umorganisation begonnen haben, nicht von den Förderprogrammen ausgeschlossen werden.

3. Die Größe der Fläche, die vom Landesbetrieb vermarktet werden kann, muss flexibel gehandhabt werden. Es soll ein sogenanntes Regel-Ausnahme-System eingeführt werden, das sich auf die tatsächlich zu vermarktenden Festmeter bezieht und die Holzart und Qualität mit einbezieht.

4. Es muss zeitnah eine Anpassung der gesetzlich geregelten Beförsterungsleistungen durch den Landesbetrieb Forst erfolgen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Verkehrs-sicherung des Waldes gegenüber der

Vermarktung ins Hintertreffen gerät.

5. Das Land muss den Klein- und Privatwaldbesitzern eine zukunftssichere Beförsterung durch den Landesbetrieb ermöglichen.

Der Landesvorstand der SGK Hessen fordert die Landesregierung auf, den kommunalen Waldbesitzern Zeit, Geld und Hilfe bei der Organisation zur Verfügung zu stellen.

Die Subventionierung der kleinen Wälder soll von Hessen Forst auf die neue Vermarktungslage transferiert werden.

Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik

Grund und Boden nicht allein dem freien Markt überlassen

Autor Mike Josef, Dezernent der Stadt Frankfurt für Planen und Wohnen

Die wichtigste Frage der derzeitigen Stadtentwicklung in Frankfurt und allen deutschen Großstädten lautet: „Brauchen wir eine neue Bodenpolitik?“. Aus meiner Sicht kann es darauf nur ein klares Ja zur Antwort geben.

Daher unterstütze ich den „Münchener Aufruf für eine andere Bodenpolitik“: Bund, Länder und Kommunen müssen künftig einen anderen, einen gemeinwohlorientierten Umgang mit öffentlichen Grundstücken pflegen. Konkret müssen wir gemeinsam festlegen, wie es im Münchener Aufruf heißt, dass „der Boden kein Gut wie jedes andere ist. Vergleichbar Wasser und Luft ist er unverzichtbar für das menschliche Dasein. Boden ist zugleich nicht vermehrbar. Daher verbietet es sich, Boden dem freien Marktgeschehen zu überlassen. Unsere Verfassung betont die Gemeinwohlbindung des Eigentums. Beim Boden ist dem in besonderer Weise Rechnung zu tragen.“ In den letzten Jahren wurde immer wieder – insbesondere von der Politik, auch von uns hier in Frankfurt – die Losung „Bauen, Bauen, Bauen“ ausgegeben. Aber damit alleine ist es nicht getan. Vielmehr geht es darum, WO wir

noch bauen können, WIE gebaut wird und vor allem WER baut.

Als Planungsdezernent trage ich dafür Verantwortung, das Wachstum unserer Stadt sozial und gerecht zu gestalten. Wir können dieser Verantwortung aber nur dann in vollem Maße gerecht werden, wenn wir über Grund und Boden verfügen können.

Wir gestalten das Miteinander

Wir dürfen Grund und Boden nicht allein dem freien Markt, den Grundstückseigentümern, Investoren und Projektentwicklern überlassen. Denn wir gestalten nicht nur Städte, die von oben auf dem Plan toll aussehen, sondern wir gestalten das soziale, das lebenswerte Miteinander, wir schaffen Orte zum Leben, zum Wohnen, zum Arbeiten, Lernen und Erholen, um sich wohl zu fühlen, um sich am Geschehen in der eigenen Stadt und im Stadtteil zu beteiligen. Und Wohnen ist in den wachsenden Metropolen eine zutiefst soziale Frage geworden – DIE soziale Frage unserer heutigen Zeit.

Aus meiner Sicht lässt sich die Bodenkrise nicht von der Wohnungskrise trennen: Ohne eine neue Bodenpoli-

tik, eine neue Strategie zur Baulandmobilisierung, entsteht kein bezahlbarer Wohnraum. Um das nochmal deutlich zu machen: In attraktiven Lagen überschreitet der Anteil der Grundstückskosten an den Entstehungskosten bereits die 50-Prozent-Grenze. Wir müssen in allen Stadtteilen die sozialen Belange durchsetzen und kostengünstigen Wohnungsbau erreichen, damit sich alle Einkommen eine Wohnung leisten können. Das ist Kern sozialdemokratischer Politik, das ist Kern unseres Selbstverständnisses.

Aber auch die Frage nach dem WO treibt uns in Frankfurt besonders um, denn wir haben – verglichen mit anderen Metropolen – wenige eigene Flächenreserven. Innen- und Außenentwicklung müssen also zwingend gemeinsam betrieben werden. Es ist ebenso wichtig Nachverdichtungspotenziale angemessen auszuschöpfen – wie etwa in der Platensiedlung – wie auch Neubaugebiete zu erschließen, wie wir es am Römerhof oder mit dem neuen Stadtteil planen. Wir werden unseren Bedarf an Wohnraum nicht ohne neue Stadtteile decken können.

Wir brauchen als flächenmäßig kleine Stadt daher die Möglichkeit, Stadtentwicklung auch auf Außenflächen

zu realisieren. Dafür müssen wir eine aktive Bodenpolitik betreiben, die eine langfristige und strategische Bodenbevorratung zum Ziel hat.

Gemeinwohlorientierte Bodenfonds sind hier ein Stichwort. In Frankfurt haben wir den Liegenschaftsfonds eingerichtet um Grundstücke, die bisher brach liegen, verfügbar zu machen und in städtischem Besitz zu halten. Aber auch das kommunale Vorkaufsrecht müssen wir viel stärker nutzen. Leider blockiert uns hier die CDU. Nur, wenn die Stadt über Flächen verfügt, kann sie entscheiden, WER baut und hat auch Einfluss auf das WIE.

Diese beiden Punkte müssen wir mitdenken, denn sie sind entscheidend für die Akzeptanz neuer Baugebiete, besonders auf der grünen Wiese.

Vielfalt gewährleisten

Überlassen wir den Investoren und Projektentwicklern das Feld, die die leistungslosen Steigerungen des Bodenwertes abschöpfen? Oder setzen wir bewusst auf eine Wohnungswirtschaft, die an der Gemeinnützigkeit orientiert ist? Mit Instrumenten wie der Konzeptvergabe, also der

Vergabe nach der besten Idee anstatt zum höchsten Preis, versetzen wir die Bestandhalter, kommunale Wohnungsgesellschaften wie die ABG, die Genossenschaften genauso wie gemeinschaftliche Wohnprojekte, in die Lage zu bauen. Diese Vielfalt im Wohnungsbau mit dem klaren Ziel, langfristig bezahlbare Mieten zu gewährleisten, brauchen wir in Frankfurt. Ergänzend dazu hat die SPD im Magistrat durchgesetzt, dass städtische Grundstücke nicht mehr verkauft, sondern nur noch in Erbpacht vergeben werden.

Paradigmenwechsel nötig

Im Sinne einer sozial gerechten Stadtentwicklung müssen wir auch darauf einwirken WIE gebaut wird, wie wir ökologisch und sozial nach-

haltige Quartiere der Zukunft gestalten. Von jeher sind Städte Lebens- und Zuzugsort für unterschiedliche soziale Milieus. Das muss sich auch – viel mehr als es heute der Fall ist – im Wohnen abbilden. Wohnungen müssen sich an die veränderten Bedürfnisse anpassen, sie sollen für Patch-Work-Familien funktionieren, genauso wie für ältere Menschen, die nicht vereinsamen möchten oder für neue Frankfurterinnen und Frankfurter, die rasch Kontakte knüpfen wollen.

Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Hessen müssen wir einen Paradigmenwechsel in der Vergabepolitik einläuten.



Mike Josef: seit 2016 Stadtrat in Frankfurt/Main

Foto: Stadt Frankfurt

Goldmann-Preis der Stadt Reinheim an Berliner Rapper verliehen

Provokation Ja, Rassismus Nein

Autor SGK Hessen e.V.

Die Stadt Reinheim hat zum 18. Mal den Robert-Goldmann-Preis für das Engagement gegen Rassismus und für die Wahrung der Menschenwürde verliehen. In diesem Jahr wurde der Berliner Rapper Ben Salomo ausgezeichnet.

In der Begründung wird der Einsatz des Musikers gegen rassistische und antisemitische Einflüsse in der Rap-Szene hervorgehoben. So sei er einer der Wenigen in der Rap-Szene, der immer wieder auf Antisemitismus in Texten, Videos und hinter den Kulissen hinweise.

Salomo selbst hat seinen Rückzug aus der Rap-Musik angekündigt, seinen „Rap am Mittwoch“ auf Youtube hat er aufgegeben. Angesichts des Antisemitismus in der Szene habe er resigniert, will aber seinen Einsatz gegen rassistische Äußerungen und Einstellungen fortsetzen.

Die Preisverleihung an den Berliner Musiker war verbunden mit einem Projekt an der Dr. Kurt-Schumacher-Schule in Reinheim. Gemeinsam mit Austauschschüler*innen aus Italien

und dem Istituto Comprensivo Giacomo Leopardi wurden mit Salomo die Themen Rassismus und Antisemitismus aufgearbeitet. Bei der Preisverleihung führten die Schüler*innen einen Tanz vor und zitierten Texte.

Der Goldmann-Preis der Stadt wird in Erinnerung an den in Reinheim geborenen Sohn eines Landarztes jüdischen Glaubens verliehen. Dr. Robert Goldmann musste mit seiner Familie aufgrund der zunehmenden antisemitischen Übergriffe und der

Gewalt während des Pogroms 1938 über Großbritannien nach New York fliehen. In den USA studierte Robert Goldmann u.a. an der Columbia Universität und war Rundfunkreporter u.a. bei der „Voice of America“. Während der McCarthy-Zeit wurde er denunziert und freigesprochen. 1962 verließ er die „Voice“. Anschließend war Robert Goldmann Sprecher des von J. F. Kennedy aufgelegten Lateinamerikaprogramms „Vision“; er engagierte sich für die Bürgerrechtsbewegung und für das „American Jewish Committee“. Ab 1968 war er Mitarbeiter der „Ford Foundation“. Seit 1980 war Goldmann für die „Anti-Defamation-League“ tätig und Leiter ihres Europabüros in Paris. Goldmann engagierte sich bis zu seinem Tod im Oktober 2018 gegen Rassismus und für Toleranz.

Seit dem Jahr 2000 verleiht die Stadt Reinheim das Stipendium, für das 1999 ein Sonderfonds in Höhe von 50.000 Euro angelegt worden war. Aus den Erlösen werden die Preisgelder für die Stipendien finanziert. Die Preisträger werden für ihren Einsatz gegen Rassismus, insbesondere auch dem Antisemitismus, und für die Menschenrechte ausgezeichnet. (Aus einer Pressemitteilung der Stadt Reinheim.)



Ben Salomo mit Schülerinnen und Schülern aus Licata und Reinheim Fotos (3): Constantin Heleine



Bürgermeister Karl Hartmann bei der Preisverleihung



Gäste bei der Preisverleihung